

Pulsnitzer Tageblatt

Heimspiegel 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Büro-Porto 148 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— **Erscheint an jedem Werktag** —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizeile (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswade, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Meta-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von C. A. Förckers Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 169

Freitag, den 22. Juli 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Sonnabend, den 23. Juli 1927, vorm. 11 Uhr

Sollen im Gasthaus zur Silberweide in Dhorn zwangsweise gegen Barzahlung 10 fahrbare Holzpferde meistbietend öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Bekanntmachung

Die Straße von Obersteina nach Pulsnitz, Flur Niedersteina wird ab 23. Juli bis zur Fertigstellung wegen Beschotterung für allen Verkehr gesperrt; desgleichen Montag, den 25. Juli auch die Dorfstraße wegen Schleusenbau. Der Verkehr wird auf Umwege verwiesen.

Niedersteina.

Der Gemeinderat

Das Wichtigste

Die deutsche Regierung hat sofort die letzte belgische Note beantwortet und die Anschuldigungen wiederlegt.
Der kommunistische Landtagsabgeordnete Pleck ist in das Wiener Landesgericht eingeliefert worden.
Die rumänische Regierung fürchtet die Rückkehr des Prinzen Carol. Infolge von Ueberflussschwimmungen sind an verschiedenen Stellen die Dämme der Schwarzen Elster gebrochen.
Nach einer Morgenblättermeldung haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe dem Reichsfinanzminister Dr. Heindrich Köhler die Würde eines Dr. ing. h. c. verliehen, als Anerkennung für die tatkräftige Förderung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Baden und insbesondere seiner Getreidewirtschaft.
Wie aus Kronstadt gemeldet wird, sind dort 3 Funktionäre der Tscheka von unbekanntem Täter ermordet worden.
Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Sowjetgericht in Charkow 5 Personen, darunter auch eine Frau, wegen angeblicher antisowjetischer Tätigkeit zum Tode verurteilt.
Nach Meldungen aus Sibirien ist dort nach lang anhaltender Hitze ein ungewöhnlicher Witterungsumschlag eingetreten. Die Temperatur ist auf 1 Grad unter Null gesunken, es ist auch Schnee gefallen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Sitzung des U. D. G. B. am 19. 7. 1927.) Als Prozeßbevollmächtigte beim Arbeitsgericht werden die Kollegen Reinhardt, Witzsch und Gärtner vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Zur Sammlung für die Opfer der Unwetterkatastrophe wird beschlossen, selbige durch die Unterkassierer vornehmen zu lassen, damit alle Gewerkschaftler erfasst werden. Kollegen und Kolleginnen! Zeichnet alle und freudig auf den Visten der Gewerkschaften! Betreffs Gewerkschafts- und Genossenschafts ist wird vom Vorsitzenden berichtet, daß alle Vorarbeiten erledigt sind. Wenn alle Gewerkschaftler und Genossenschaftler ihrer Pflicht genügen, wird unser Fest ein imponantes werden. Der Plan des Kollegen Stadler zum Festzug wird gut geheißen; der Festzug stellt 1/2 Uhr am Konjunkturverein und bewegt sich durch die Lagestraße, Dhorn Straße, Schillerstraße, Kapellgärtchenstraße, Sigi h. Straße, Dreherstraße, Schillerstraße, Dhorn- und Schlossstraße nach dem Festplatz Gasthof Vollung. Hier großes Volksfest. Abends Lamplenszug nach dem Marktplatz. Es ergeht die Aufforderung an alle Gewerkschaftler und Genossenschaftler, für unser Fest zu agitieren. Des weiteren bitten wir Häuser und Stahenzüge zu schmücken.

(Die Hundstage beginnen!) Am 23. Juli also mit dem Eintritt der Sonne in den Löwen, wobei sie zugleich mit dem Hundstern aufsteht, beginnt die Zeit der sogenannten Hundstage. Diese Tage sind durch ihre große Hitze, die natürlich auch schon früher auftreten kann, gekennzeichnet. Gehe es nach dem Stande der Sonne, der am 22. Juni am höchsten ist, so müßten die heißesten Tage bereits um Johanni eintreten. Doch die Erde ist jetzt erst gründlich durchwärmt (fallen doch auch die kältesten Tage nicht um Weihnachten, sondern bereits in die Zeit höheren Sonnenstandes, in den Januar). Der Landmann wünscht sich recht heiße Hundstage, was ja auch die alte Bauernregel ausdrückt: Hundstage heiß und klar, zeigen an ein gutes Jahr!

(Sternschnuppen) treten nun wieder häufiger in Erscheinung, denn im letzten Juli Drittel beginnt die sternschnuppenreichere, zweite Zeit des Jahres, da von nun an unsere Erde in ihrer Bahn zahlreichen, relativ dichten periodischen Meteorischwärmen begegnet. Etwa vom 23. Juli an treten bis Ende Juli bereits sieben bemerkenswerte Schwärme in Erscheinung, von denen wieder die in der Zeit vom 26. bis 29. Juli erscheinenden die bedeutendsten sind. In dieser Zeit ist es vor allem das Sternbild Schwan, das abends im Nordosten in der Milchstraße wahrnehmbar und leicht daran erkenntlich ist, daß von seinen fünf Hauptsternen der südlichste sich weitab von den anderen vier befindet, aus dem die meisten Sternschnuppen aufblitzen. Diese sind die Vorläufer der August-Meteore, der Perseiden.

(Kraftpostlinie Dresden—Zinnwald.) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Der Betrieb der durch Hochwasser gestörten Kraftpostlinie Dresden—Zinnwald wird auf der Teilstrecke Dresden—Heidenau—Oberflöthitz vom 23. Juli wieder aufgenommen.

Belgiens Wühlarbeit gegen Deutschland

Der Notenwechsel zwischen Berlin und Brüssel

Der Zwischenfall im Reichsrat (Dr. Badt—v. Reudell) — König Ferdinands politisches Testament — Die Reichsregierung zum Ruf des Hofsings — Dr. Grünberger über die politische und wirtschaftliche Lage Österreichs

⚡ Berlin. Der Wortlaut der neuen belgischen Note an Berlin liegt jetzt vor. Danach glaubt die belgische Regierung die Behauptungen de Broquevilles über unzulässige vorzeitige Entlassungen aus der Reichswehr aufrechterhalten zu können. Die Quellen der Erklärungen seien zuverlässig. Allerdings sei es selbstverständlich, daß keine Regierung sich dazu verstehen könne, ihre direkten oder indirekten Quellen zu enthüllen. Bezüglich der Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands gibt die belgische Note zu, daß ein Freiwilligenheer bei gleicher Stärke verhältnismäßig mehr kosten muß als ein nach dem System der allgemeinen Wehrpflicht aufgestelltes Heer. Die Prüfung des deutschen Militärbudgets durch Sachverständige genüge aber zur Feststellung, daß die Rüstungsausgaben der Reichswehr angesichts der Rüstungsbedingungen von Versailles unverhältnismäßig groß seien.

Die deutsche Antwort hierzu, die gleichzeitig veröffentlicht wird, besagt folgendes: Der belgische Wehrminister glaubt zwar, seine früheren Behauptungen über die Entlassungen aus der Reichswehr aufrecht erhalten zu können, ist aber nicht in der Lage, den amtlichen deutschen Feststellungen, die die genauen Zahlen für die letzten Jahre anführen, irgendwelche konkreten Angaben oder Beweise entgegen zu stellen. Damit erübrigt sich für die deutsche Regierung ein weiteres sachliches Eingehen auf diesen Punkt. Bezüglich der militärischen Aufwendungen des Reichshaushalts genügt es zu wiederholen, daß diese Aufwendungen durch den Versailler Vertrag nicht eingeschränkt werden, und daß Deutschland daher hierüber den Signatarmächten keine Rechenschaft schuldig ist. Im übrigen enthalten die sachlichen Ausführungen de Broquevilles hierzu nichts, was die Darlegungen des deutschen Memorandums vom 18. Juli entkräftete. Die Reichsregierung muß hiernach die Verwahrung gegen das Vorgehen de Broquevilles im vollen Umfang aufrechterhalten.

Ein ungewöhnlicher Ton in den belgischen Noten.

Wahrscheinlich wird sich der Reichstag noch mit der Angelegenheit beschäftigen.

⚡ Berlin. Die von der deutschen Regierung veröffentlichte zweite belgische Note über die angebliche Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr und angebliche, verbotene Rüstungen Deutschlands hat in diplomatischen und parlamentarischen Kreisen, nachdem der Wortlaut der Note bekannt geworden ist, doch stark über rascht. Schon die Einleitung der Note ist sehr ungewöhnlich. Die belgische Regierung behauptet

in einem überaus scharfen Tone,

daß sie sich mit ihren Vorwürfen gegen Deutschland im Rahmen der Locarno-Verträge gehalten habe und geht dann gegenüber der Reichsregierung auch auf die Veröffentlichungen des Reichstages über die belgische Kriegsschuld ein, obwohl diese Frage gar nicht zum Ressort der Reichsregierung gehört und die Veröffentlichung auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses des Untersuchungsausschusses des Reichstages veranlaßt ist. Dann aber beruft sich die belgische Note auf direkte und indirekte Quellen zur Veröffentlichung der Behauptung, daß die sachlichen Argumente der deutschen Regierung, mit denen sie die Vorwürfe des belgischen Kriegsministers zurückgewiesen hat, nicht richtig seien. Das ist ein ganz ungläubiger und ungewöhnlicher Vorgehen. Es ist bisher selbst zwischen Regierungen, die nicht miteinander Verträge abgeschlossen hatten, ungewöhnlich gewesen, daß sich eine Regierung in Angriffen auf die andere Regierung auf indirekte Quellen beruft, ohne dabei wirklich die Quellen zu nennen.

Die deutsche Regierung hat auf diesen Angriff der belgischen Regierung ziemlich zurückhaltend geantwortet. Man wird wahrscheinlich nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in parlamentarischen Kreisen die Frage erörtern, ob nicht die Antwort der deutschen Regierung durch einen Beschluß des auswärtigen Ausschusses sehr wirksam unterstützt werden könnte.

Der Zwischenfall im Reichsrat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Vollziehung des Reichsrats vom 21. Juli gab der preußische Ministerpräsident Dr. Braun eine Erklärung ab, die nachstehenden Wortlaut hatte:

„Der Herr Reichsminister des Innern hat am Schluß der letzten Vollziehung des Reichsrats außerhalb der Tagesordnung scharfe Angriffe gegen den preußischen Reichsratsbevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. Badt gerichtet, dem er Bruch der Vertraulichkeit der Sitzungen der Reichsratsausschüsse und Irreführung der Öffentlichkeit durch Verschweigen einer Tatsache vorwarf.“

Diese Vorwürfe bezogen sich auf Erklärungen, die Ministerialdirektor Dr. Badt in einer Sitzung des Rechtspflegeauschusses des Reichstags vom 8. d. M. abgegeben hat.

Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß in einer öffentlichen Reichsratsitzung Beschwerden und Angriffe gegen einen Vertreter der preußischen Staatsregierung vorgetragen werden.

Su den Vorwürfen selbst stelle ich folgendes fest: 1. Von einem Bruch der Vertraulichkeit der Sitzungen der Reichsratsausschüsse kann keine Rede sein. 2. Im gleichen Umfange ist der Vorwurf unberechtigt, Ministerialdirektor Dr. Badt habe durch Verschweigen einer Tatsache die Öffentlichkeit irreführt. Ich stelle fest: Die angeblich verschwiegene Tatsache ist zweimal in öffentlicher Sitzung und zweimal in der Sitzung des Rechtspflegeauschusses des Reichstags vorgetragen worden, darunter einmal von dem Herrn Reichsminister des Innern selbst. Ein Verschweigen, das lediglich aus der nicht nochmaligen Erwähnung einer zum Ueberflus vorgetragenen Tatsache konstruiert werden könne, lag daher nicht vor. Auch im übrigen war die sachliche Darlegung, die Ministerialdirektor Dr. Badt im Reichstag gab, objektiv und in allen Punkten zutreffend.

Bei dieser Sachlage darf ich die bestimmte Erwartung aussprechen, daß der Herr Reichsminister des Innern seine Vorwürfe an der gleichen Stelle zurückziehen wird, an der er sie erhoben hat, zumal sie inzwischen in einem Teil der Presse zu maßlosen Angriffen gegen den preußischen Vertreter geführt haben. Ich lasse mich stets als preußischer Ministerpräsident bei allen Handlungen von dem Bestreben leiten, ungeachtet sachlicher Meinungsverschiedenheiten ein gutes Verhältnis zwischen Reich und Preußen zu pflegen; Vorfälle aber, wie der hier erörterte, sind geeignet, diese Bemühungen der preußischen Staatsregierung in ihrer Wirkung stark zu beeinträchtigen.

Reichsminister des Innern v. Reudell:

Auf Beschluß des Reichsrats wird diese Frage zurzeit in den Ausschüssen geprüft. Die soeben gehörte Erklärung bietet mir daher keine Veranlassung, in diesem Stadium der Angelegenheit und an dieser Stelle meinen neufrischen Erklärungen ein Wort hinzuzufügen. Auf Antrag des bayerischen Gefandten v. Preger wird auch die Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Ergänzung zur Verordnung über die Gemeinde-Biersteuer, die die Reichsregierung und die Ausschüsse des Reichsrats für notwendig halten. Es handelt sich um die Berechnung der Steuer für ausländische Biere. Der Reichsrat stimmt dieser Ergänzung zu.

Satzungsänderungen für die preußische Bodenkredit-Anstalt in Berlin und die Frankfurter Hypothekenbank in Frankfurt a. M. werden ohne Aussprache genehmigt.

Für den Reichs-Ratirat hat der Reichsrat ein ordent-

